

Zeitschrift: Frauenbestrebungen

Herausgeber: Union für Frauenbestrebungen (Zürich)

Band: - (1910)

Heft: 11

Artikel: Berufsorganisation der Dienstboten : Referat von Helene Fick, gehalten in der Generalversammlung des Bundes Schweiz. Frauenvereine, am 9. Oktober 1910 in Chur

Autor: Fick, Helene

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-325804>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

leichter zu 75 Fr. eine bilanzfähige Buchhalterin zu finden als eine perfekte Köchin. Weihnachtsgeschenke von 50 Fr. bis 100 Fr. seien schon weitherum zur Forderung geworden. Es sollte beim Engagement der Lohn eben nur vorläufig auf einen Probemonat hin vereinbart werden können. Eine Lohnskala nach Fähigkeitsausweis bemessen könnte vielleicht zuverlässigere Verhältnisse schaffen; sie ist aber undurchführbar bei der Zwangslage des Dienstbotenmangels.

Die Entlassungsbedingungen. Diese richten sich laut Obligationenrecht nach dem Auszahlungsmodus. Monatslohn bedingt Kündigung auf Monatsfrist, was aber seitens der Dienstboten selten gelassen wird; dadurch ist im Kanton Zürich die 14tägige Kündigung ortsgebräuchlich geworden, und in Winterthur wird ortsgebräuchlich dem entlassenen Mädchen, sofern es noch keine Stelle hat, eine dreitägige Verpflegung im Mädchenheim geboten. Bei plötzlicher Entlassung ist die Herrschaft zu voller Lohnauszahlung gemäss Kündigungsfrist verpflichtet; dem plötzlich abziehenden Mädchen kann ein 14tägiger Lohn in Abzug gebracht werden. Damit schliesst meine diesseitige Kenntnis der Dinge, und mein Auftrag ist zu Ende.

Berufsorganisation der Dienstboten,

Referat von **Helene Fick**,

gehalten in der Generalversammlung des Bundes Schweiz. Frauenvereine, am 9. Oktober 1910 in Chur.

Die Sektion Zürich des Gemeinnützigen Schweizerischen Frauenvereins hat mich beauftragt, in dieser hochgeehrten Versammlung über die dringende Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform unserer Dienstbotenverhältnisse, nach mehr als einer Seite hin, zu berichten. Selbstverständlich kann es sich nicht darum handeln, Bestehendes grundsätzlich umzustossen, vielmehr darum, vorhandene Misstände klar zu legen und den redlichen guten Willen zu bekunden, sie abzustellen. Rechte und Pflichten nach beiden Seiten hin zu regeln, ist das erste, was ins Auge gefasst werden muss.

Um diesem Ziele näher zu treten, sind wir heute aus allen Gauen des Schweizerlandes hier zusammengekommen; denn um ein gedeihliches Resultat zu erzielen, ist es von grösster Wichtigkeit, die Meinungen aller Schweizerfrauen über eine Organisation der Hausfrauen einerseits und unserer Dienstboten andererseits, wie ich sie vorschlagen möchte, zu hören. Möge es gelingen, die den verschiedenen Bedürfnissen entspringenden Ansichten schliesslich auszugleichen, um vereint mutig vorzugehen zu einem Werk, das Segen für uns alle bringen soll.

Wer sich schon eingehend mit den Ursachen der zunehmenden Entartung des Verhältnisses zwischen Herrin und Dienerin beschäftigt hat, der muss notwendig zu dem Schluss kommen, dass die Schuld auf beiden Seiten zu suchen ist, und mit Betrübnis wahrnehmen, dass diese Schuld, unter beständiger Wechselwirkung, riesengross anzuwachsen droht, zum Verderben beider Teile.

Eine weitere Gefahr besteht darin, dass diese bedenklichen sich immer mehr zuspitzenden Zustände ausserdem noch von sozialdemokratischer Seite geschickt benutzt werden, um Öl ins Feuer zu giessen. In einer von Clara Zetkin herausgegebenen Zeitschrift „Gleichheit“ heisst es: „Das Ziel der Dienstbotenbewegung ist, aus indifferenten Haussklavinnen, die in einem feindlichen Milieu, unter dem Einfluss der Herrschaften ihre Mädchenjahre verbringen, zielbewusste Kämpferinnen zu machen“. Lily Braun predigt: „Mit dem Prinzip der Dienstbarkeit müssen wir gründlich aufräumen. Unser Hauptziel muss sein, die Dienstboten aus dem Haus zu schaffen

und aus Dienenden zu freien gewerblichen Arbeiterinnen zu machen. Zu diesem Zweck muss der Privathaushalt seiner Auflösung entgegengeführt werden“.

Die Konsequenzen einer solchen Massregel auszudenken, überlasse ich jedem Einzelnen.

Dieser von Jahr zu Jahr zunehmenden Gefahr, die eine Bedrohung unserer Häuslichkeit, unseres Familienlebens in sich schliesst, gilt es mit aller Energie entgegenzutreten. Wir dürfen sie nicht als etwas Unabänderliches hinnehmen, wir müssen auf Mittel und Wege sinnen, ihr zu steuern, denn dem Verhängnis seinen Lauf lassen, hiesse Zustände herbeiführen, wie Dr. Else Conrad sie in ihrem interessanten Schriftchen: „Das Dienstbotenproblem in den nordamerikanischen Staaten und was es uns lehrt“ schildert.

Auch für uns in der Schweiz dürften diese Schilderungen eine Warnung sein, eine eindringliche Mahnung, nicht zu warten, bis es zu spät ist. Es ist daher die Pflicht aller sozial denkenden und fühlenden Frauen, darüber nachzusinnen, wie die Stellung der Dienstboten angenehmer zu gestalten und zugleich ihr gesellschaftliches Niveau zu heben wäre. Ausserdem würden bestehende Misstände abzustellen, Vorurteile zu bekämpfen und für bessere berufliche Ausbildung zu sorgen sein.

Dies kann nur durch ein einmütiges, planmässiges Vorgehen, durch eine Organisation erreicht werden. Sie scheint mir das beste Mittel zu sein, um in beiden Lagern, unter den Hausfrauen sowohl wie unter den Dienstboten, das erforderliche Solidaritätsgefühl zu wecken, das, den beiderseitigen Interessen Rechnung tragend, wesentlich dazu verhelfen kann, wieder gesündere Zustände herbeizuführen. Die unvermeidlichen Schwierigkeiten, auf die ein solches Unternehmen beim grossen Publikum stossen wird, insbesondere der Konzessionen wegen, die gemacht werden müssen, sind nicht zu verkennen. Sie müssen nach Kräften überwunden werden, so gut wie die gegebenen Möglichkeiten nach bestem Wissen und Können auszubauen sind.

Ein eingehendes Studium ähnlicher Bestrebungen deutscher und amerikanischer Frauen setzt mich in den Stand, mit einer Reihe von Vorschlägen hervorzutreten, die, den dortigen Reformen entlehnt, zum Teil auch für uns in der Schweiz vorbildlich und nachahmenswert werden könnten; freilich Deutschland gegenüber nur bedingt, mit Rücksicht auf unsere freieren demokratischen Verhältnisse.

Amerikanische Palliativmittel anzuwenden, Boardinghäuser und Familienhotels an Stelle des Familienhaushaltes zu setzen, dieser Schritt wird uns hoffentlich noch lange erspart bleiben. Wer könnte dann wohl noch mit stolzer Befriedigung sagen: Mein Haus ist meine Welt! In wie bedenklicher Weise würde es erschwert werden, die Kinder zu Gliedern einer engeren Gemeinschaft zu erziehen und ihnen die Pflichten, die diese Zusammenghörigkeit auferlegt, zum Bewusstsein zu bringen! Nein! Es darf keine Rückständigkeit bedeuten, wenn wir Frauen an dem, was trotz allen Fortschrittes heute noch gilt und immer gelten wird, an der eigenen Häuslichkeit festhalten und den Gefahren, die ihr drohen, entgegentreten. Wir müssen andere Mittel und Wege suchen, um Abhilfe zu schaffen. Möge eine Jede von uns das Ihrige dazu beitragen, sie zu finden!

An Hand der Berichte und Statuten verschiedener, seit einer Reihe von Jahren bestehender deutschen Hausfrauenbünde und der Household Reform League in Boston, fasse ich meine Vorschläge für eine Organisation in folgende Thesen zusammen:

1. Eine Organisation ist nicht nur wünschenswert, sondern auch eine dringende Notwendigkeit. Sie soll einerseits bestehen aus einer Vereinigung der Hausfrauen zu einem „Hausfrauenbund“, der das Gebiet des ganzen Landes umfasst und in einzelnen Sektionen in jeder grösseren Stadt vertreten ist. Andererseits müssen sich die Dienstboten, soweit dies noch nicht geschehen ist, zu Berufsvereinen organisieren.

Aus den Delegierten beider Organisationen sollen alsdann gemeinsame Kommissionen, Hausdienstausschüsse, gebildet werden. Zweck derselben: Erzielung eines besseren Einverständnisses zwischen Hausfrauen und Dienstboten, nötigenfalls durch Eingreifen bei Streitigkeiten durch ein aus Personen beider Lager zusammengesetztes Schiedsgericht.

2. Dieser Hausfrauen- und Dienstbotenverband bezweckt:

- Hebung des Dienstbotenstandes durch bessere Vorbildung und daraus hervorgehende grössere Tüchtigkeit, sowie durch Ausscheidung minderwertiger Elemente, die die soziale Stellung des Standes an sich schädigen.
- Erweckung des sozialen Gewissens bei den Hausfrauen und deren Belehrung über das, was not tut, um das Dienen wieder angenehmer zu machen und auf diese Weise wieder gesündere Zustände herbeiführen zu helfen.
- Beseitigung althergebrachter Misstände, die nach den heutigen Begriffen das Selbstgefühl der Dienstboten beleidigen und dazu beitragen, sie in andere, selbst weniger einträgliche Berufsarten hineinzutreiben.

3. Erforderlich ist eine energische Propaganda unter den in Frage kommenden Kreisen, um bei der Berufswahl der Töchter die Vorteile einer Lehrzeit in guten Familien, unter Leitung einer verständigen Hausfrau, zu befürworten. Vorteile, die nicht nur einen vorübergehenden persönlichen Nutzen, sondern auch eine Förderung des Volkswohles bedeuten würden.

4. Die Mitgliedschaft des Hausfrauenbundes verpflichtet:

- Die Grundsätze des Bundes im eigenen Hause zu verwirklichen.
- Möglichst viele Hausfrauen für den Anschluss an den Bund zu gewinnen, sowie die Aufgaben und Ziele desselben nach Möglichkeit durch Mitarbeit zu fördern.

5. Die Aufstellung und Durchführung eines den örtlichen Verhältnissen und der Eigenart des Dienstverhältnisses angepassten Normaldienstvertrages würde sich empfehlen.

6. Der Hausfrauenbund muss seine eigene unentgeltliche Stellenvermittlung haben, der schon bestehende Stellenvermittlungen anderer gemeinnütziger Vereine angegliedert werden können. Andere gewerbsmässige Stellenvermittlungen sind tunlichst abzuschaffen.

7. Es ist Sache des Bundes, bestehende Wohlfahrtseinrichtungen, wie Krankenkassen, Sparkassen, Rechtsschutzstellen, Fortbildungsunterricht usw. in jeder Weise zu fördern und nach Kräften durch Beiträge zu unterstützen.

Erlebnisse einer Polizeiassistentin.

Von Schwester Henritte Arendt.*

Man erinnert sich, dass Stuttgart die erste Stadt Deutschlands war, die vor etwa sieben Jahren eine Polizeiassistentin anstellte. Schwester Henritte Arendt, die das Amt bekleidete, machte sich und ihre Wirksamkeit bald bekannt durch ihre Jahresberichte und andere Publikationen, die einen Blick auf ihre vielseitige Tätigkeit gaben. Besondere Aufmerksamkeit erregte ihr Buch „Menschen, die den Pfad verloren“, das vor etwa drei Jahren erschien und erschütternde Darstellungen aus ihrer Praxis brachte, aber auch zeigte, mit welcher Liebe und Hingebung Schwester Arendt ihre Aufgabe erfasste, und wie energisch sie sie durchführte. Um so mehr Erstaunen erregte es dann, als es vor etwa zwei Jahren hieß, sie habe sich unmöglich gemacht und ihr Amt aufgegeben. Man fragte sich, wie das gekommen sei, was wohl dahinter stecke; aber eine klare, bestimmte Antwort war nirgends zu erhalten. Es wurde nur von allerlei Verfehlungen gemunkelt, deren sich Schwester Arendt schuldig gemacht haben sollte; aber etwas

Tatsächliches, etwas, das auch nur der Schatten eines Beweises gewesen wäre, wurde nie geboten. Begreiflich, dass Viele das alles nur mit ungläubigem Kopfschütteln aufnahmen, obwohl leider auch nicht Wenige nur zu bereit waren, die unbewiesenen Anklagen als volle Wahrheit hinzunehmen. Nun erscheint die oben erwähnte Schrift, die wieder eine Fülle von Bildern aus der Tätigkeit der früheren Polizeiassistentin bringt, zugleich aber auch eine Darstellung ihrer Kämpfe in Stuttgart, aus der klar hervorgeht, wie schwer Schwester Arendt verleumdet, was für ein grosses Unrecht an ihr begangen worden ist. Zwar, das wollen wir gleich vorausschicken, formell hat sie wohl gefehlt, hat vielleicht hie und da in ihrem heiligen Eifer ihre Kompetenzen etwas überschritten, hat möglicherweise einer Rettungsarbeit, die genau genommen nicht im Arbeitsgebiet der Polizeiassistentin lag, etwas viel Zeit und Kraft gewidmet. All das zugegeben: kann man sie darob schelten? Könnte man ihr nicht eher daraus einen Vorwurf machen, wenn sie sich an papiernen Vorschriften gehalten hätte, wo nur energisches, rücksichtsloses Vorgehen am Platze war? Uns scheint, all das ehrt sie, sie wäre nicht die rechte Frau für das Amt gewesen, wenn sie anders gehandelt hätte. Klug war es ja nicht, und dass sie als Beamtin unbequem wurde, begreifen wir. Übrigens scheint sie sich nicht nur die Unzufriedenheit ihrer Vorgesetzten, sondern auch den Hass gewisser kirchlicher Kreise zugezogen zu haben, die in ihrer Engherzigkeit nur die eigene Arbeit schätzen.

Um zu zeigen, von welchem Geiste ihre Widersacher besetzt sind, drucken wir hier zwei Schreiben ab. Zur Erklärung des ersten sei gesagt, dass Schwester Arendt auch dem Kinderhandel zu unsittlichen Zwecken ihre Aufmerksamkeit zuwandte und die Annoncen, durch welche Kinder — unter der Form von Adoptionsversprechen — gesucht werden, kontrollierte.

An das Stadtpolizeiamt.

Es wäre dringend erwünscht, dass die Arendt mit laufenden Geschäften so bedacht würde, dass sie keine Zeit dazu findet, „lange Zeit hindurch den Annoncen in den Tageszeitungen nachzugehen“. Dafür hat sie der Gemeinderat nicht angestellt, ganz abgesehen davon, dass diese Adoptionsgeschichten eine altbekannte Misere sind. Das Missliche bei der Sensationsschriftstellerei der Arendt ist, dass sie regelmässig dabei mit ihrer amtlichen Eigenschaft als „Polizeiassistentin in Stuttgart“ krebsen geht und so die Stadt Stuttgart in den Verruf bringt, als ob alles, was sie findet, spezifisch stuttgarterisch ist. — Mir persönlich vollständig gleichgültig, aber in weiten Kreisen missfällig bemerk ist auch das, dass sie, wie keine andere irgendwo und irgendwie bekannte Person, fortgesetzt Material zur Schlechtmachung der bestehenden Gesellschaft liefert. Jeder andere Polizeibeamte usw. könnte das ebenso gut, alle anderen sind aber zu taktvoll dazu und — zu gut dientlich gezogen.

15. 8. 1907.

gez. Gemeinderat Dr. Rettich.

Dieser Brief bedarf keines Kommentars!

Pfr. Wurm, der Leiter der Stadtmision, schrieb in die „Deutsche Reichspost“:

In den „Literarischen Plaudereien“ hat das Buch der Polizeiassistentin Schwester Henny Arendt „Menschen, die den Pfad verloren“ eine ausserordentlich günstige Besprechung gefunden. Ich glaube, es den Lesern der Reichspost schuldig zu sein, darauf hinzuweisen, dass sowohl die Schilderungen wie die Forderungen dieses Buches mit grosser Vorsicht aufzunehmen sind. Gewiss findet sich vieles Richtig darin, leider in sensationell zugespitzter Form, daneben aber auch nicht wenige schiefe Urteile und tendenziöse Behauptungen. Vor allem fehlt es der Verfasserin trotz aller Bibelsprüche, die sie anzuwenden liebt, an dem sittlichen Ernst, mit dem solche Dinge behandelt sein wollen. Leider wird die auf diesem Gebiet längst erprobte Arbeit der innern Mission, die sich allerdings nicht in den Vordergrund zu drängen pflegt, in der Öffentlichkeit sehr wenig gewürdigt; ihre Jahresberichte und Konferenzverhandlungen werden nicht gelesen, ihre an die Behörden ergehenden Anregungen werden in weiteren Kreisen nicht beachtet. Putzt man aber dieselben Dinge feulentistisch auf, so dass auch die Sucht nach Pikanterie zu ihrem Rechte kommt, dann ist helles Entzücken über solch unerhörte Aufopferung. Natürlich — alle Bemühungen der innern Mission sind „kirchlich“ und deshalb nicht interessant; erst wenn die moderne Frauenwelt sich auf diesem Gebiete betätigt, hat der moderne Mensch Anlass, sich dafür zu interessieren. Aber ist es jemals anders gewesen? Die Welt will betrogen sein, also — lasse man ihr das Vergnügen!

* Verlag Süddeutsche Monatshefte. München, 1910.